

Forderung beschlossen

6,5 Prozent sind fair!

Der dbb geht in die Einkommensrunde 2012 mit Bund und Kommunen mit einer Kernforderung von 6,5 Prozent mehr Einkommen bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Gremien des dbb haben diese Forderung am 9. Februar 2012 nach ausführlicher Diskussion einstimmig beschlossen. Dieses Einkommensplus soll sowohl für Arbeitnehmer, als auch für Beamte gelten! Mit dieser Forderung wird zweierlei erreicht: Die vorzüglichen Leistungen der Beschäftigten im Bund und bei den Kommunen werden angemessen honoriert und zugleich wird der Öffentliche Dienst zukunftsfähig gestaltet.



Starkes Land – Faire Löhne!



Die Gewerkschaftsspitzen erläutern die Forderung den Medien, v.l.n.r.: Frank Bsirske (ver.di), Peter Heesen und Frank Stöhr (dbb)

6,5 Prozent sind fair, weil der Öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren Einkommensverzicht geübt und Reallohnverlust verzeichnet hat. 6,5 Prozent sind fair, weil den Öffentlichen Dienst schon jetzt Nachwuchsprobleme plagen. Wird hier nicht jetzt das Ruder herumgerissen, verliert der Öffentliche Dienst den Wettbewerb um die besten Köpfe gegenüber der Privatwirtschaft für lange Jahre. 6,5 Prozent sind fair, weil Inflation und steigende Lebenshaltungskosten bei Gütern des täglichen Bedarfs das Einkommen schmälern. Insbesondere

die niedrigeren Einkommensgruppen leiden unter dem Anstieg der Verbraucherpreise. 6,5 Prozent sind fair, weil sich sonst der Einkommensrückstand zu den Tarifbereichen der Privatwirtschaft weiter vergrößert. Wir fordern also 6,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens jedoch 200 Euro. Für Auszubildende fordern wir 100 Euro mehr Einkommen.

Nullrunden kann sich das Land nicht leisten!

Die Situation ist eindeutig: Etwa 700.000 Neueinstellungen in den nächsten zehn Jahren sind im Öffentlichen Dienst notwendig. Der demographische Faktor ist keine gewerkschaftliche Erfindung, sondern Produkt der Einstellungspolitik der öffentlichen Hand. 700.000 Neueinstellungen bedeuten 700.000 Fachkräfte, die auf einem Arbeitsmarkt gesucht werden müssen, der schon jetzt in vielen Bereichen kaum genügend Potential bietet. Deshalb kann sich der Öffentliche Dienst Nullrunden nicht leisten, wenn er konkurrenzfähig sein und bleiben will. Gleiches gilt für den ungebremsten Stellenabbau. Eine weitere Arbeitsverdichtung ist, auch nach Aussagen führender Arbeitgeber, nicht mehr möglich. Deshalb muss die Einkommensrunde 2012 mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes geführt werden.

Verbindliche Übernahme!

Dazu gehört auch, der Jugend endlich konkrete Angebote, statt unverbindlicher Hoffnungen zu machen. Das heißt: Wir fordern die Einstellung und unbefristete Übernahme von Auszubildenden und Anwärtern. Der Öffentliche Dienst muss den Nachwuchs an sich binden wollen! Zusätzlich müssen die Fahrten zur Berufsschule sowie überbetrieblichen Ausbildungsstätten übernommen werden.

Kein Zeitspiel!

Klar muss auch sein, dass über sechs Jahre nach Abschluss des TVöD eine dazu passende moderne Entgeltordnung kein Luxusgut, sondern eine Selbstverständlichkeit ist. Klar ist aber auch: Diese mag es nicht zum Nulltarif geben. Mit dem Volumen der Einkommensrunde ist sie jedoch nicht in Verbindung zu bringen!


Und schließlich erwarten wir mit Nachdruck, dass die Verhandlungen zur Einkommensrunde 2012 ergebnisorientiert und fair geführt werden. Unsere Forderungen liegen vor. Bis zum 1. März 2012, dem Verhandlungsauftritt in Potsdam, haben Bund und Kommunen drei Wochen Zeit, sich zu positionieren. Wir erwarten am 1. März 2012 ein konkretes und ergebnisorientiertes Angebot. Gegen versuchtes Zeitspiel werden wir direkt vorgehen. Mit aller Entschlossenheit!

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des Öffentlichen Diensts und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlich überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im Öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des **dbb**. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, www.tarifunion.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

 dbb Bestellung weiterer Informationen	Beschäftigt als:	
	<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
	<input type="checkbox"/> Beamter / Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
	<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in
	<input type="checkbox"/> Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.	
	<input type="checkbox"/> Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.	
	<input type="checkbox"/> Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.	
<input type="text"/> Name	Datum/Unterschrift	
<input type="text"/> Vorname	Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gerne die passende Gewerkschaftsadresse:	
<input type="text"/> Straße	dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich 3, Friedrichstraße 169/170,	
<input type="text"/> Postleitzahl/Ort	10117 Berlin, Telefon 030.40 81-54 00, Fax 030.40 81-43 99	
<input type="text"/> Dienststelle/Betrieb	E-Mail: tarifunion@dbb.de, Internet: www.tarifunion.dbb.de	
<input type="text"/> Beruf		